

**Stellungnahme zu TOP 6 der öffentlichen Gemeinderatsitzung am 16.2.2021
Aufbau einer interreligiösen Kindertageseinrichtung unter Beteiligung der
muslimischen Gemeinde.**

Sprecher: Paul Renz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren

Das Zusammenleben und die Integration Türkischer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat in Rheinfelden eine jahrzehntelange gute Tradition.

Deutsche und Türken arbeiteten, anfangs insbesondere in unseren Fabriken, inzwischen in nahezu allen Branchen reibungslos zusammen.

Viele leben hier bereits in der 2. und 3. Generation, sind hier in die Kita gegangen, haben die unterschiedlichen Schulen besucht und sich gut ausbilden lassen.

Stadt und Einwohnerschaft haben für ein positives Umfeld gesorgt, damit, Integration gelingen kann.

So hat der Gemeinderat auch dem Wunsch in Rheinfelden eine Moschee zu bauen Rechnung getragen um den hier lebenden Menschen muslimischen Glaubens die Möglichkeit ihrer Religionsausübung zu ermöglichen.

Uns lag und liegt vieles daran, auch Kinder türkischer und anderer Landsleute in unsere Gesellschaft, in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren. In Kitas entwickeln sich Freundschaften unabhängig ihrer Herkunft, die sich anschließend in Schule und Ausbildung fortsetzen und verfestigen und zu einem guten Miteinander und Verständnis beitragen.

Ich unterstreiche nochmals unsere Position, **Integration entsteht durch die Begegnung verschiedener Kulturen.** In einer ausschließlich muslimischen Kindertagesstätte sehen wir diese nicht, im Gegenteil eher die Gefahr der Ausgrenzung.

Wir haben auch mit türkischen Mitbürgern gesprochen, die es ähnlich sehen.

Das Angebot einer interreligiösen Kindertagesstätte oder vergleichweisen Kita als Kooperationsmodell sollte deshalb, dazu können wir nur raten, aufgegriffen werden.

Der heutige Beschluss ist ja auch nicht als endgültige Entscheidung zu werten. Es ist ein Einstieg und stellt ein Angebot dar, auf dieser Basis die Gespräche lösungsorientiert fortzusetzen. Der Bedarf zusätzlicher Kitaplätze wird ja nicht in Abrede gestellt.

Der Gemeinderat hat mit dem Beschluss des Haushalts am 1.2. auch die Prioritäten hinsichtlich Bau neuer Kitaplätze, zumindest für den Zeitraum bis 2023/24 festgelegt.

Auch wenn die Investition von Seiten der türkisch-islamischen Gemeinde finanziert wird, wie es angekündigt wurde, schlagen bei der Stadt erhebliche Betriebskosten auf. Darauf besteht gesetzlicher Anspruch.

Zumindest in den kommenden beiden Jahren sehen wir keinen finanziellen Spielraum.

Die Türkisch-Islamische Gemeinde verweist auf das Modell Mannheim. Dazu muss man wissen, die Idee in Mannheim resultiert aus einem Bildungsbericht, der besagte, dass Kinder mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig, insbesondere in einem Stadtteil von Mannheim von Bildungsbenachteiligung betroffen waren. Ziel des **Kooperationsprojektes** war und ist die frühkindliche Bildung zu stärken, um so zur Bildungsgerechtigkeit und Integration trägerübergreifend beizutragen.

Diese muslimische Kita in Mannheim kooperiert mit einer städtischen Kita im selben Gebäude.

Aus einer Sitzungsvorlage des Ausschusses für Bildung, Gesundheit, Schulen und Jugendhilfe -März 2016- zitiere ich: „seit Inbetriebnahme besteht eine enge Kooperation mit der im selben Haus beherbergten städtischen Kinderkrippe Kleestraße. Die Kooperationsaktivitäten werden vom Fachdienst des Fachbereichs Tageseinrichtungen für Kinder begleitet.“

Es wurde ein Beirat installiert. Mitglieder sind Vertreter der Gemeinderatsfraktionen, Vertreter des Trägervereins, verschiedener Religionsgemeinschaften u. Wissenschaftler.

Aufgaben des Beirates sind u.a.:

- Ein gemeinsames Leitbild zu erarbeiten
- das pädagogische Konzept qualitativ zu sichern
- die Wirkungsorientierung der Sprachförderung zu prüfen (deutsch ist in der muslimischen Kita in der Regel Zweit- oder gar nur Drittsprache)
- Transparenz und Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit herzustellen.

Zumindest ansatzweise sind Parallelen zum Verwaltungsvorschlag zu erkennen.

Nach unserem Verständnis gehören Kindertagesstätten in Wohngebiete, nahe zu den Bewohnern und Nutzern. Ein Kita im Gewerbegebiet sehen wir problematisch.

Und noch eine abschließende Bemerkung: Die letzten Briefe der DITIP türkisch-islamischen Gemeinde sind in Teilen mit einer Schärfe und Ermahnungen unterlegt, die dem gegenseitigen Verhältnis und Anliegen nicht dienlich sind.

Persönlich ist mir missfallen, dass die Behauptung aufgestellt wird, CDU und FW hätten überhaupt nicht auf Schreiben reagiert. Diesen Vorwurf muss ich zurückweisen. Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 3.2.2021 den Brief vom 20.1.2021 beantwortet.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, dem wir zustimmen, gibt ein Stimmungsbild der Fraktionen wieder, stellt das finanzielle Leistungsvermögen/bzw. Leistungsvermögen dar und die Position der Verwaltung zum beabsichtigten Standort. (die bau- und planungsrechtlich zu beurteilen ist).

Wir bereits erwähnt, ist dies die Position auf deren Basis weitergehende Gespräche möglich sein sollten.

Nicht vergessen darf man dabei auch nicht: Es gibt noch einen „Dritten im Bund“, den KVJS, der ein gewichtiges Wort mitspricht.